

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Rten 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftshalle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postkassentel. Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingeländt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenkass., Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 52

Freitag, 4. März

1921

Die Verbündeten und die deutschen Vorschläge.

London, 2. März. Das Reuters-Bureau gibt folgende autoritative Analyse der Ansichten der Verbündeten über die deutschen Vorschläge: Der von den Verbündeten in Paris für die Bezahlung der Reparationen durch Deutschland vorbereitete Plan erläßt Deutschland zugunsten der Verbündeten einen erheblichen Teil der Summe, die es auf Grund des Versailler Vertrages zu zahlen hätte. Die deutsche Regierung gibt ihre Antwort auf den Pariser Plan, und zwar unter vier Bedingungen: 1. daß die Beschränkungen bei Deutschland über die Reparationen auf Grund des Versailler Vertrages befreit wird, 2. daß die Verbündeten auf ihre Rechte nach dem Friedensvertrage auf die Liquidation deutschen Privateigentums verzichten. Das Reuters-Bureau fährt fort: Dieser Vorschlag verdient weder eine Prüfung, noch eine Diskussion. Um seinen wahren Charakter zu zeigen, braucht man nur auf folgende Punkte hinzuweisen: Die deutsche Regierung nimmt an, daß sie ohne weiteres den Gegenwert der festgesetzten Annuitäten auf Grund der 8 Proz. Rechnung herauszufallen kann. Der Pariser Plan gestalte die Anwendung nur für die Diskontierung der für die ersten beiden Jahre festgesetzten Annuitäten; zweitens, die deutsche Regierung kennt nicht den Wert der im Pariser Plan vorgesehenen variablen Annuitäten, deren Höhe von dem Werte der deutschen Währung abhängt; drittens, die im Pariser Plan vorgesehenen Annuitäten gelten als Zuschlag zu jeglicher Summe, die auf Grund der Reparationsbestimmungen gezahlt werden soll; viertens, die deutsche Regierung nimmt den Wert der auf Grund verschiedener Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage geleisteten Zahlungen auf 20 Milliarden an. Die Reparationskommission bezieht den Wert dieser Leistungen auf weniger als die Hälfte dieser Summe. Es wird sich herausstellen, daß der Betrag, welcher der deutschen Regierung in Berücksichtigung dieser Leistungen auf die Reparationsrechnung gutgeschrieben werden soll, sehr klein ist. Fünftens: Die deutsche Regierung macht Gebrauch von der 8-Prozent-Tabelle in der Weise, daß den Betrag zu erhöhen, den sie schuldet. Die deutsche Regierung schlägt vor, daß die Zinsen ihrer Schuld auf 5 Proz. beschränkt bleiben sollen. Sechstens: Die deutsche Regierung schlägt vor, daß die Zinsen in dem Ausgabebudget von der Steuer befreit werden und befreit so das Ausgabebudget mit einem Teil ihrer eigenen Verbindlichkeiten. Siebenstens: In der Annahme, daß der Betrag, den Deutschland während der ersten fünf Jahre bezahlt, 1 1/2 Milliarden beträgt, und daß die Gesamtverschuldung in 30 Jahren abgetragen wird, wird der Betrag, den es zu zahlen haben wird, während der 25 Jahre, die auf diese Zeit folgen und die zur Verzinsung und Amortisierung der gesamten Schuld dienen sollen, 3 Milliarden jährlich betragen. Der Gegenwert der deutschen Zahlungen beläuft sich auf höchstens 27 Milliarden. Es ist nur möglich, sagt das Reuters-Bureau, diese Summe mit dem Betrage der Zahlungen zu vergleichen, die nach dem Pariser Plane geleistet werden sollen, um die ganze Unzulänglichkeit der deutschen Vorschläge auszuweisen. Nach dem Pariser Plane beläuft sich der Gegenwert der letzten Jahreszahlungen allein nach der 8% Tabelle auf 53 Milliarden Goldmark. Diese Tabelle ist indessen nur auf die Diskontierung der zukünftigen Jahreszahlungen während der ersten beiden Jahre anwendbar. Nach der 5% Tabelle (die auf die Diskontierung nach 1925 angewendet werden kann) ist der Gegenwert über 83 Milliarden Goldmark. Es ist selbstverständlich schwer, den Wert der variablen Jahreszahlungen, wie sie der Pariser Plan vorsieht, zu schätzen. Aber zum mindesten muß auf die obengenannten Punkte in Berücksichtigung dieser Annuitäten ein wesentlicher Rücksicht gemacht werden. Die Summe, von der die deutsche Regierung verlangt, daß die Verbündeten sie als Abgeltung ihrer Schuld annehmen, erreicht also nur einen kleinen Bruchteil der in Paris festgesetzten Summe. Die Folge würde sein, daß die auswärtige Schuld Deutschlands, die sich aus seiner Verbindlichkeit aus der Reparation befreit, nur einem geringen

Die Londoner Konferenz.

Das Abkommen der alliierten Vertreter.

London, 2. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt in der Lage zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

1. Die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt.
2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bleiben, wobei wohlgeachtet die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführungsmöglichkeiten verständigen können.
3. Die deutsche Abordnung wird vor eine Frist von 4 Tagen gestellt, um ihre An-

nahme des Abkommens vom 29. Januar kundzugeben.

4. Falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenminen besetzen. Wenn Deutschland weiterhin bei seiner Unwilligkeit verharret, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen getroffen werden, wie z. B.:

1. Erhebung der Hälfte des Erlöses aus den Verkäufen Deutschlands im alliierten Ausland.
2. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, die das linke Rheintal vom restlichen Deutschland abtrennt, und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

Wenn die Reparationskommission in ihrer Schätzung nicht ganz auf die Hälfte dieses Betrages kommt, so ändert dies nichts an unserer Berechnung, die Berechnung von 20 Milliarden zu fordern. Im übrigen haben wir uns ausdrücklich bereit erklärt, die genaue Festsetzung des Wertes der Verleistungen einer gemischten Sachverständigenkommission zu übertragen. Zu 5. In die Antwort bereits unter Nr. 1 gegeben. Zu 6: Die deutsche Anregung, daß die internationale Anleihe in allen Emmissionsländern steuerfrei sein soll, ist innerlich wohlgeachtet. Die Gründe dafür hat der Reichsminister Dr. Simons in seiner Rede vor der Londoner Konferenz ausführlich dargelegt. Die finanziellen Opfer, die von den einzelnen Emmissionsländern verlangt würden, lassen sich ziemlich genau berechnen. Angenommen, die Anleihe wäre mit 4 Proz. verzinst und die Gesamtsteuer, die darauf entfallen würde, betrage 25 Proz. der Zinsen, so würde die Schwere an Steuern 1 Proz. des Nominalbetrages der Anleihe ausmachen. Dagegen aber steht das große finanzielle und wirtschaftliche Interesse, das die Emmissionsländer an der Lösung der Gesamtverschuldung haben. Insbesondere würden die Vereinigten Staaten von Amerika durch eine tatkräftige Beteiligung an dem Erfolg der steuerfreien Anleihe in den Zustand gerückt werden, ihre Waren wieder nach Europa absetzen und damit ihrer jetzigen inneren wirtschaftlichen Krise zu steuern. Im übrigen würde das Opfer nicht allein die Verbündeten, sondern vor allem auch die neutralen Staaten und Deutschland selbst treffen. Denn Deutschland ist bereit, einen erheblichen Teil der Anleihe im eigenen Lande anzulegen. Nur auf diese Weise, nämlich durch das Verprechen der Steuerfreiheit für die Anleihegeber, würde es übrigens möglich sein, einen erheblichen Teil des ins Ausland geflohenen deutschen Kapitals wieder zurückzuführen und damit einer Forderung der Alliierten selbst zu entsprechen und der Reparation dienlich zu machen. Zu 7: Die Alliierten betonen, daß bei Annahme der deutschen Vorschläge die Jahresbelastung Deutschlands nach Ablauf der ersten fünf Jahre etwa drei Milliarden betragen würde. Eine solche jährliche Last geht weit über das hinaus, was nach dem Urteil aller Sachverständigen überhaupt noch als tragbar anzu sehen ist. Dann wird gesagt, daß der Zeitwert der gesamten Zahlung gemäß den deutschen Vorschlägen etwa 27 Milliarden betragen würde, und daß dies nur ein geringer Bruchteil der Pariser Forderungen sei. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß diese 27 Milliarden zusätzlich 20 Milliarden Vorleistung insgesamt 47 Milliarden betragen, eine Zahl, die den geforderten 43 Milliarden Zeitwert ganz nahe kommt. Im übrigen aber könnte es den Verbündeten ja nur lieb sein, wenn durch geschickte Finanzierung der gesamten Reparations-schuld Deutschland es ermöglicht wird, mit einem verhältnismäßig niedrigen Gesamtbetrag auszukommen. Um so mehr wird das deutsche Wirtschaftslieben getraut und um so eher wird Deutschland insstande sein, die versprochenen Leistungen durchzuführen.

Wir kennen den Text, wir kennen die Weise!

Von Ernst Böhm.

Ein paar unerfreuliche Erinnerungen: Am 28. Juni 1919 wurde das Versailler Diktat unterschrieben. In jenem Frühling und Sommer des Unheils war man in Deutschland nach der langen Nachkriegsblockade noch nicht wieder daran gewöhnt, hinauszusehen zu können in die Welt. Man hatte auch die Lage vielfach noch nicht klar erkannt. Man lauschte auf Unheimlichkeiten unter unseren Feinden und hoffte auf sie. Denn man wollte es nicht einsehen, daß kein Zwist unserer Gegner so tiefgründig hätte, daß die gemeinsame Feindschaft gegen Deutschland den Weg nicht schließlich doch auf unsere Köpfe wieder überbrücken würde. Und so geschah es, daß eine wahre Flut von Trost- und Erfreuer Nachrichten sich über uns ergießte, daß sie offene Spalten in unseren Zeitungen und offenen Augen bei deren Lesern finden konnten, daß man den größten Teil unseres Volkes fast hilf- und hilflos dem Einbruch dieser Schreckensnachrichten preisgegeben sah. So gelang es unseren Feinden, die Unerschrockenheit schließlich mit demütheter Duldsamkeit des größten Teils unseres Volkes zu erschöpfen.

In diese Hoffnungslosigkeit soll hier erinnert werden. Es es damals zweckmäßig war, daß die Regierung, wie ich bezeugen möchte, nach bestem Gewissen die Unerschrockenheit schließlich gab, oder ob es tüchtiger gewesen wäre, diese Unerschrockenheit zu verweigern, bleibe in diesem Zusammenhang dahingestellt. Das für uns Bemerkenswerte ist der zweifelhafte Erfolg, den der Presse- und Propaganda-feldzug unserer Feinde damals erreicht hat: Die Mehrheit unseres Volkes kam zu, daß bewußt und in voller Erkenntnis dieser Tatsache Unwahres, Unwünschtes und Unmögliches von uns unterzeichnet und übernommen werde.

Es ist lehrreich, sich eine kleine Blätterlese aus dem damaligen Trostfeldzug zu vergegenwärtigen. Da war zunächst die Drohung mit der Absperrung der Rheinlande. Es wurde gemeldet, daß französische Divisionen für eine neutrale und selbständige Republik Ostpreußen offen geworden hätten. Am 1. Juni hieß es dann, daß außerdem in Wiesbaden die russische Republik und in Koblenz die rheinische Republik ausgerufen werden sollten. Der kommunistische Partein, ein ehemaliger Staatsanwalt, sang in jenen Tagen an, mit französischer Hilfe sein Wesen zu treiben. Besorgniserregende Nachrichten über sein Treiben liefen durch alle deutschen Zeitungen. Die Kunde aufsehenerregender Verhaftungen verbreitete sich. Es wurden der sozialdemokratische Präsident der preussischen Kammer und ein Redakteur der gleichen Partei von den Franzosen ins Gefängnis geworfen, weil sie gegen die eben erwähnten Untrübe Stellung genommen hätten. Dann kamen die militärischen Drohungen: Polnische Truppenansammlungen an der Grenze, polnische Flieger überlegten deutsche Gebiete, polnische Grenzverletzungen und Grenzmaßnahmen gegen Deutsche in der Logenordnung. Meldungen von Sonderzügen, die mit belgischen Soldaten aus Belgien nach Deutschland abgefahren seien. Englische Kreuzer und Torpedobootzerflörer demonstrierten in den Zufahrtstraßen zur Elbe. Nachrichten von gewaltigen Truppenansammlungen und Militärtransporten im Elsaß, in Lothringen und im Rheinland, ja ganze Operations- und Marschpläne, die gegen uns entworfen seien, wurden in unsere Presse geleitet. Schreckenerregende Maßnahmen gegen die Bevölkerung im belgischen Gebiet. So mußten sich alle wehrfähigen Männer im Bezirk Wiesbaden zu einem Generalappell melden. Selbstverständlich wiederholten sich aller paar Tage die Nachrichten von Inspektionen französischer Generale, von Drohreden, die sie an ihre Truppen gehalten hätten. Eine besondere Wölfe spielte das Anmachen der uns durch die schwarzen Truppen beweisenden Schrecknisse. Hinzu kam, in verschiedener und nicht ungeschickter Aufmachung, das wiederholte Androhen der Wiedervereinigung. Und als Krönung des Ganzen verbreiteten die Feinde die Meldung, daß auch den Oberbefehl über die tschecho-slowakische, rumänische und polnische Armee erhalten habe mit allen Vollmachten, um am Abend des verhängnisvollen Montags, an dem in Weimar die Entscheidung über die Unterzeichnung fallen sollte, den Vor-

manch anguteten. Zwischenheimen hätte man mit gutem Erfolge Auftritte in unseren eigenen Reihen. So hatten sich die „Times“ angeblich von ihrem Berliner Vertreter in Anschlußung gewisser parteipolitischer Phantasereien telegraphieren lassen, daß ausgerechnet in jenen Wochen die Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland geplant sei, und daß große Offiziersversammlungen zur Besprechung eines Verteidigungskrieges stattgefunden hätten.

Der Erfolg dieser Propaganda war bekanntlich glänzend. Die Volkstimmung wurde bei uns so uneinheitlich wie nur irgend möglich und richtete sich mehr gegeneinander, als gegen die Feinde. So kam es, wie unsere Feinde es wünschten und planmäßig herbeigeführt hatten. In den Reichstagsversammlungen zur Besprechung eines Verteidigungskrieges stattgefunden hätten.

Nur ein paar Proben aus der Zeit, die darnach kam. Ein Jahr darauf, im Juni und Juli 1920, gelangte die Reichstagsversammlung für die Unterzeichnung. Und der 28. Juni wurde dann jener Tag, der für die ganze vergangene und künftige Geschichte Deutschlands wohl als der bitterste und, wenn unsere Feinde verstanden haben wie bisher, wohl als einer der schmerzhaftesten Tage der Geschichte der europäischen Menschheit überhaupst gelten wird.

Nur ein paar Proben aus der Zeit, die darnach kam. Ein Jahr darauf, im Juni und Juli 1920, gelangte die Reichstagsversammlung für die Unterzeichnung. Und der 28. Juni wurde dann jener Tag, der für die ganze vergangene und künftige Geschichte Deutschlands wohl als der bitterste und, wenn unsere Feinde verstanden haben wie bisher, wohl als einer der schmerzhaftesten Tage der Geschichte der europäischen Menschheit überhaupst gelten wird.

Nur ein paar Proben aus der Zeit, die darnach kam. Ein Jahr darauf, im Juni und Juli 1920, gelangte die Reichstagsversammlung für die Unterzeichnung. Und der 28. Juni wurde dann jener Tag, der für die ganze vergangene und künftige Geschichte Deutschlands wohl als der bitterste und, wenn unsere Feinde verstanden haben wie bisher, wohl als einer der schmerzhaftesten Tage der Geschichte der europäischen Menschheit überhaupst gelten wird.

Nur ein paar Proben aus der Zeit, die darnach kam. Ein Jahr darauf, im Juni und Juli 1920, gelangte die Reichstagsversammlung für die Unterzeichnung. Und der 28. Juni wurde dann jener Tag, der für die ganze vergangene und künftige Geschichte Deutschlands wohl als der bitterste und, wenn unsere Feinde verstanden haben wie bisher, wohl als einer der schmerzhaftesten Tage der Geschichte der europäischen Menschheit überhaupst gelten wird.

schafflichen Organisations, Kaufleute und vor allem seiner gesamten Arbeiterkraft in solchem Umfange zur Verfügung stellen will, daß im Durchschnitt die jetzt in Deutschland lebenden Menschen so etwa ein und einhalbes Jahr ihres Lebens opfern müssen, um ohne jede Gegenleistung, ohne das geringste Entgelt für die Entente Sklavenarbeit zu verrichten. Aber was sage ich Sklavenarbeit! Der Sklave bekommt von seinem Herrn als Gegenleistung für seine Arbeit doch wenigstens Nahrung, Obdach und Kleidung. Wir aber werden nichts für die von uns angebotene Sklavenarbeit erhalten; denn was wir von den gegnerischen Völkern zur Lebensnotdurft brauchen, müssen wir ihnen ja darüber hinaus durch besondere Leistung besonders vergüten.

Ob eine so gewaltige Arbeitsleistung von unserem Volke wirklich aufgebracht werden kann, steht dahin, denn die Armut und das Elend in weitesten Kreisen unseres Volkes und damit die Lähmung unserer Produktionskraft sind furchtbar. Wir müssen das Vertrauen haben, daß die Reichsregierung ihre Vorschläge richtig abgemessen hat, und im übrigen redlich und sachlich sein. Die üblichen Drohungen der Verbändemächte können uns nicht mehr schrecken. Wir kennen den Text, wir kennen die Weisheit. Will man durch eine Besetzung weiteren deutschen Bodens und durch sonstige „Sanktionen“ zum Schaden der Weltwirtschaft und zur Steigerung unseres eigenen Elends unsere Produktionskraft noch weiter herabdrücken und gemürben, so können wir das nicht verhindern. Will man dies ernstlich, so hängt die Ausführung der Währungsreform nicht davon ab, ob wir unterzeichnen oder nicht unterzeichnen. Das kann gar nicht genug unterzeichnet werden. Denn die beschlossene Besetzung würde nach einer erprehten Unterzeichnung ebenfalls ausgeführt werden, nur unter einem anderen Vorwand. Denn erfüllen könnten wir das neueste Diktat ja sicherlich nicht. Aber die erprehten Unterzeichnung würde den Feinden Möglichkeiten an die Hand geben, auch die Neutralen, mehr noch als bisher, an der Auslösung unserer Lebenskraft unmittelbar zu interessieren, und sie würde den Zeitpunkt hinausschieben, wo es den vernünftigen Menschen in Europa und in Amerika endlich möglich wird, den mörderischen und selbstmörderischen Wahnsinn der feindlichen Vorkriegspolitik zum Heil aller Menschen schließlich doch zu überwinden.

Die Lasten der Besatzung.

Berlin, 2. März. Die britische Besatzungsbehörde in Köln hat entgegen dem Rheinlandsabkommen, das Einquartierung nur für Zivilbeamte und Offiziere vorsieht, für 600 Mannschaften Familien Baracken und Wohnungen in massiven Häusern verlangt, deren Kosten sich auf 75 Millionen Mark belaufen. Auch der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ droht sie im Falle einer Weigerung, diese maßlose Forderung zu erfüllen, mit Klammerung eines Häuserblocks in der Nähe der Rajetten.

Das deutsche Eigentum in Chile.

DA. Santiago de Chile, 28. Februar. Die chilenische Regierung hat gestern zum letztenmal und endgültig die Forderung der Verbündeten abgelehnt, das deutsche Eigentum in Chile beschlagnahmen zu lassen. Die chilenische Regierung vermochte keinen Rechtsgrund dafür zu finden, daß die verbündeten Mächte deutsches Eigentum beschlagnahmen lediglich aus Gründen einer besseren Wiedergutmachung der Kriegsschäden, um so mehr, da die in Chile lebenden Deutschen für die Schäden auf den europäischen

Kriegsschauplätzen nicht verantwortlich gemacht werden können.

Forderungen der Betriebsräte.

DA. Gelsenkirchen, 2. März. In einer von 120 Schichtkollegen im Ruhrgebiet beschickten Betriebsratskonferenz der freien Arbeiter-Union wurde folgende Entschlieung angenommen: Die am 28. Februar in Gelsenkirchen abgehaltene Betriebsratskonferenz stellt sich erneut auf den Boden der Forderungen vom 30. Januar. Sie tritt dafür ein, daß bis spätestens 13. März d. J. sämtliche Überwachern eingestellt werden. Die heutige Konferenz wird sich mit einem Flugblatt an die Arbeiter wenden, zwecks Durchführung der Beschlüsse vom 30. Januar. Die Betriebsräte verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die genannten Forderungen durchzusetzen.

Hafenarbeiterausstand in Hamburg.

Hamburg, 3. März. Die Hafenarbeiter in Altona haben wegen Ablehnung des von ihnen geforderten Zuschlagslohnes von 10 M. für den Tag gestern die Arbeit niedergelegt. Der Hafenbetrieb ruht fast vollkommen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. März. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Postgebührenordnung.

Abg. Dr. Pachtold (Dem.) beantragt, die Vorlage einem besonderen Ausschusse zu überweisen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Sachde angenommen.

Die Postgebührenordnung und die übrigen Postgesetze gehen an einen Sonderausschuss von acht Mitgliedern.

Es folgt die zweite Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) begründet die Anträge der äußersten Linken, die u. a. für einzelne Sachen, die zur Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft gehören, die Zuständigkeit der Schöffengerichte noch erweitern sollen und außerdem in vielen einzelnen Punkten Änderungen der Vorlage wünschen.

Redner verlangt fürchten Schutz des Verteidigers gegenüber der Gewalt des Rechtsanwalts. Inzwischen geht ein Antrag Hoffmann (Komm.) ein auf Zulassung der Frauen zum Schöffengericht.

Abg. Lentz (Deutsche Sp.) spricht im allgemeinen seine Ablehnung für den Entwurf aus. Es müsse aber auch auf die Technik des Gesetzes Gewicht gelegt werden, damit nicht wieder technisch so anfechtbare Gesetze zustande kämen, wie in Weimar. Auch wir sind gegen die Ordnungsstrafen, aber diese Sache gehört nicht in das Gesetz über die Entlassung der Gerichte. Auch die Anträge der Linken gehören nicht in das Gesetz, da sie keine Entlassung bringen.

Redner vertritt zum Schluß einen gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien über technische Änderungen einzelner Artikel und plädiert für eine Ausdehnung des Säuberungsverfahrens.

Abg. Dr. Radbruch (Soz.) Der Entwurf bedeutet weniger eine Entlassung des Gerichts. Von dem Säuberungsverfahren, das sich als eine Art Vollrecht gegenüber dem Juristenrecht auszuweisen kann, ist viel zu erwarten. Die Entschlieung des Ausschusses über den Punkt hätte ruhig etwas kräftiger ausfallen können. Wir begrüßen es, daß die Richter zum auch Schöffen und Geschworene werden können.

Den Antrag auf Zulassung der Frauen zum Schöffengericht werden wir annehmen. Den weiteren Anträgen der Unabhängigen aber können wir aus praktischen Gründen nicht zustimmen.

Abg. Marx (Zentr.) steht der Entschlieung des Ausschusses über das Säuberungsverfahren ebenfalls sympathisch gegenüber. Die Anträge der Unabhängigen seien unsamendbar. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Staatsvertretung, wie

der Deutsche Anwaltverein, grundsätzlich darüber gehört würde, ob die Ordnungsstrafen wegfallen können. Die Zulassung der Richter zu Schöffen und Geschworenen würde unserer Rechtsprechung nur förderlich sein. Die Zulassung von Frauen als Schöffen und Geschworene habe die Bedeutung eines Eingriffs von so entscheidender grundsätzlicher Bedeutung, daß wir ihn bei dieser Gelegenheit nicht vornehmen können.

Abg. Graf (Deutschnat.) Wir bitten die Regierung dringend, nicht nach den sozialdemokratischen Anregungen den Arbeitersekretariaten und auch den Kunstschiffstellen das Säuberungsverfahren zu überlassen. Die gegenwärtige Zeit mit ihrer Verwirrung der Sitten ist nicht geeignet, die Ordnungsstrafen abzuschaffen. Wir lehnen deshalb die sozialdemokratischen Anträge ab, ebenso den Antrag Hoffmann auf Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene. Den Antrag der Unabhängigen auf Zulassung der Frauen zum Schöffengericht lehnen wir ebenfalls ab.

Abg. Brodau (Dem.) Welche Bestimmungen des Entwurfs bedeuten keine Entlassung der Gerichte. Wir können der Entschlieung des Ausschusses zu. Meine Freunde haben schon in Weimar die Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene beantragt. Aber wir wollen diese Frage bei der kommenden Strafrechtsreform erledigen. Den Anträgen der Unabhängigen können wir nicht zustimmen, weil sie dem Staatsanwalt eine zu große Machtbefugnis einräumen. Die Zulassung der Richter als Schöffen und Geschworene ist eine Forderung der Gerechtigkeit.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) Die Novelle will die Angeklagten wichtiger Schutzmittel bedeuten. Die Schöffengerichte werden durch die Novelle überlässt. Die Ordnungsstrafe für Anwälte wird beseitigt werden.

Abg. Frau Hey (Unabh.) meint, die Frauen aller Parteien sollten hier wenigstens zusammenstehen.

Abg. Frau Hill (Soz.) schließt sich dem an. Abg. Frau Traub (Soz.) stimmt dem Gedanken des Antrages zu, stellt sich aber aus formalen Gründen auf den Boden der Auffassung der Zentrumspartei.

Abg. Frau Braun (Dem.) spricht sich für den Antrag Brodau aus.

Abg. Frau Wölfel (Unabh.) soll die Abstimmung über die unabhängigen und kommunalpolitischen Anträge betz. die Zulassung der Frauen zum Schöffengericht zusammen, und zwar namentlich, erfolgen.

Es wird sodann der erste Artikel des Entwurfs in der Ausschussfassung angenommen. Der Antrag Rosenfeld-Hoffmann auf sofortige Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenengericht wird in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 126 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung der Ordnungsstrafe für Rechtsanwälte ergibt sich die Notwendigkeit, eine Ausschleußung vorzunehmen, die im Wege des Sammelpostens erfolgt. Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Art. 1.

Zu Art. 2 beantragt Abg. Wölfel (Unabh.) die Zulassung einer unbeschränkten Berufungsgrenze, während der Aufsicht der Grenze bei 300 M. steht.

Die Abg. Brodau (Dem.), Dr. Radbruch (Soz.) und Marx (Z.) sprechen sich dagegen aus, ebenso Reichsanwaltminister Heine.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) beantragt die Ausschleußung und unterbietet den Antrag Rosenfeld. Der Antrag Rosenfeld wird abgelehnt und die Ausschleußung angenommen.

Der Rest der Vorlage wird mit unwesentlichen Änderungen in der Ausschussfassung angenommen. Der Gesetzentwurf über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit wird ohne Debatte dem Hauptausschusse überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen. Schluß 1/2 Uhr.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 3. März.

Opernhaus. (Richard Wagners „Siegfried“.) Die gestrige Vorstellung durfte man als eine an Höhen reiche bezeichnen. Zu den beiden angelegten, Melanie Kuntz und Fritz Stauffers, gesellte sich als dritter Adolf Löbgen vom Breslauer Stadttheater. Für den erkrankten Curt Taucher einsetzend, brachte der letztere sich hier mit einer dastellend und gefunglich gleich kräftigen und natürlichen Vorförderung der Jung-Siegfried-Gestalt in gute Erinnerung. Fritz Stauffers kommt, wie verlautet, aus Weimar. Man wird mit seinem Urteil über ihn als Sängers angelehnt des Charakters der Partie zurückhaltend sein müssen. Nach seinem Sprechstills ließ sich nicht eben auf belangreichen Stimmhöhe oder höheremtimidete Stimmkultur schließen. Indessen, schließlich reichte das Louche aus und — nicht unwesentlich natürlich in diesem Falle — im Spiel ergeben Haltung, Mimik, Gesicht und Aussprache eine recht schätzbare Verbildlichung der Gestalt. Zu Melanie Kuntz Brunnhilde kommend, so verlorst sich in ihr der uns heute etwas läßt beruhende Stil der älteren Wagner-Verfasserung. Doch imponiert keine Beherrschung, wie bei noch erkennlicher Stimmhöhe die Reize der gefunglichen Leistung. Von den einheimischen Künstlern stand überdies als neu in seiner Rolle neben den Gäten Robert Burg als Wanderer. Die Rolle läßt als vorwiegend repräsentative seiner Wesenheit ebenso im Ganzen ferner, wie vorläufig auch noch seinem Sängertum. Aber, wie schon in seinem Kurmental, zeigte sich das ernste und erfolgreiche Streben des Künstlers, sich auch in den Charakter anderer als in seiner Temperament-Rundgebungen eingestrichelte Rollen einzulieben. Im gefunglichen Teil wird vor allem bei Wafung der Tongebung der deklamatorische Stil fächer herauszuheben sein. Vorbildlich geradezu in der Vereinigung von Deklamation und Gesang

war an dem Abend Dittlie Rejger-Lattermanns Filigran Erda.

Libertätheater. („Ihr Papa“ von Leo Walther Stein.) Das gestern zum ersten Male aufgeführte dreitägige Lustspiel „Ihr Papa“ von Leo Walther Stein gehört wohl zu den Theaterstücken, die von Theaterdirektionen sagsagen zwangsmäßig erworben werden müssen, und zwar um der Sicherung des Aufführungrechtes für ein anderes, bedeutungsloses Werk der dramatischen Literatur willen. Ich kann mir nicht denken, daß irgend ein Dramatiker dieses ebenso langatmige wie langweilige Stück um seiner selbst willen zur Ausführung vorgeschlagen hat. Doch unerklärlich freilich ist mir, daß es überhaupt jemals niedergeschrieben wurde, und wofürs unbegreiflich ist für mich, daß ein so böhmengewandter Dramatiker wie Leo Walther Stein die Verfassung des Stückes übernehmen konnte. Schon die Idee des Werkes gehört einer Epoche der deutschen Lustspielbühne an, die weit zurückliegt und in ihren besten Erscheinungen nur noch aus Gründen literarischer Pietät begrenzt lebensfähig ist; aber auch die Technik des Werkes ist völlig veraltet. Leo Walther Stein redet sich sozusagen um jede wichtige Handlung selbst herum; er zeichnet Figuren, die gezeichnet und lebensunwahr anmuten, er formt einen Dialog, der in unerhöhten Breiten dahinfließt — kurz, er bietet eine dramatische Arbeit dar, die jedes Reizes ermangelt.

Es war kein Wunder, daß die Künstler, die sie vermittelten, sich mit ihr abquämen; selbst das Spiel Wilhelm Flammms, der einen unwichtig-nativen bayerischen Maler darzustellen hatte, list unter dem Zwange einer Berufslosigkeit, die nicht echt war. Und ebenso ging es Hrn. Gottfried Ballenhausen, obwohl er, der ausgezeichnete Donnant des Libertättheaters, eine Rolle spielte, die ihm sozusagen auf den Leib geschrieben war. Im übrigen waren in dem Werke neben die Damen Hanna Passer, Meta Bänger, Marianne Frißche und Margret Peter-Wollers und die Herren Wilhelm

Karkens, Arno Großmann, Hermann Bräuer und Wilhelm Ehardt beschäftigt. Alle diese Künstler wurden ihres eigenen Spieles anscheinend nicht froh, weil sie vor innerlich unbehagbaren Aufgaben standen.

Ich bin hoffnungsvoll genug, in dieser Erstaufführung unter der neuen Leitung des Libertättheaters kein böses Omen für das künftige Schaffen des Hrn. Direktors Willi zu erblicken. Ich begrüße vielmehr die Künstler dieses Theaters in seine frühere Stellung aufs wärmste und erhoffe von ihr eine Gesundung der künstlerischen Verhältnisse der Reußstädter Bühne. Ich habe freierzeit nicht mit in die abschneidende Haltung eingestimmt, die sich gegen Paul Wallas Direktionsführung geltend machte; die unfruchtbarsten künstlerischen Experimente, denen die Reußstädter Bühne seit seinem Auscheiden auf der künstlerischen Leitung des Libertättheaters unterlag, werden inzwischen auch seine Gegner davon überzeugt haben, daß das Reußstädter Haus in seiner Hand ungleich besser aufgehoben war als in den Händen, die es später verwalten. Man darf die Verhältnisse nicht außer acht lassen, unter denen ein Privattheater von der Art des Libertättheaters steht. Vieles von dem, was dem Direktor Willi als Ergebnis seiner künstlerischen Arbeit zugewiesen wurde, war ihm als Erbe zugesprochen, dessen Volkstheater er sein mußte, ob er nun wollte oder nicht. Ich kenne Hrn. Direktor Willi namentlich seit so langen Jahren, daß ich zuverlässig weiß, daß er nicht nur ein Mann von großem künstlerischen Geschmad, sondern auch von großer Wühnerleistung ist. Und das gibt mir die Hoffnung, daß unter seiner Leitung die Reußstädter Bühne doch noch eines Tages zu voller Gesundung erblüht. Freilich bedarf er dazu der wohlwollenden Förderung der Freunde des Theaters und der Reußstadt in manchem Falle, für Dinge nämlich, die er auch jetzt wieder als unerwünschtes Erbe übernehmen muß. Hoffentlich wird ihm beides Förderung und Nachsicht.

Wissenschaft und Technik. Hl. Aus Berlin schreibt man uns: Prof. Dr. Walter Schädig ist aufgefordert worden, als deutscher Gelehrter in das Kuratorium der Internationalen Akademie für Völkerrecht in Haag einzutreten. Die Gründung der Akademie wurde mit Unterstützung der Carnegie-Stiftung vor dem Kriege betrieben. Der Krieg hat die Arbeiten gestört, die jetzt wieder aufgenommen worden sind. Sie will Ferienkurse veranstalten, für welche die bedeutendsten Völkerrechtler der ganzen Welt gewonnen werden sollen. Dem Kuratorium gehören an: Der Belgier Baron Descaux, der Engländer Lord Keay, der Amerikaner James Brown-Scott, der ehemalige holländische Minister van Heemstede, der Italiener Castellani, der Südamerikaner Alvarez, der Südslawe Benitsch, der Schwede v. Taube. Es ist zu begrüßen, daß, trotzdem die meisten Mitglieder des Kuratoriums den Verbändemächten angehören, ein deutscher Gelehrter zur Mitwirkung eingeladen worden ist.

— Das infolge des Krieges mit Italien geschlossene kunsthistorische Institut in Florenz wird in den nächsten Wochen wieder eröffnet werden. Zur Unterstützung des Vereins zur Erhaltung des kunsthistorischen Instituts wird das Reichsministerium des Innern im Haushalt von 1921 30 000 M. anfordern. Die Eröffnung wird bei größter Sparsamkeit aber 70 000 M. Kosten verursachen. Die fehlende Summe will der Verein selbst aufbringen.

— Der Leiter des Kaiser-Instituts, Dr. Roux, führte in der Bayerischen Akademie ein von ihm entdecktes Heilmittel vor, das infolge sein soll, gegen die Maul- und Klauenseuche unempfindlich zu machen.

† In Wien ist Dr. Gustav Gaertner, außerordentlicher Professor der allgemeinen und experimentellen Pathologie an der Wiener Universität, im Alter von 65 Jahren gestorben. Gaertner hat sich besonders durch Erfindung einer Reihe von Apparaten verdient gemacht, die bei der Untersuchung und Heilung von Krankheiten angewandt

Die Londoner Konferenz.

Die deutschen Gegenanträge.

Berlin, 2. März. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt in einem offenbar inspirierten Leitartikel: Wenn in der deutschen Öffentlichkeit Stimmen laut werden, der deutsche Zahlungsplan sei zu weitgehend, so kann ihnen zugegeben werden, daß bei der ungeheuren Verschuldung des Deutschen Reiches der Beschluß, Milliardenbeträge anzubieten, einen gewissen Sprung ins Dunkle bedeutet. Das Blatt fährt fort: Es gibt ein ganz falsches Bild, wenn man die 226 Milliarden der Pariser Beschlüsse den 50 oder 30 Milliarden des deutschen Angebots gegenüberstellt. Die 226 Milliarden sind die Summe der Jahresraten. Werden sie im Wege der Amortisierung auf den Zeitraum von 42 Jahren, so handelt es sich um 53,29 Milliarden. Berechnet man umgekehrt die Summe der Jahresraten, welche die Verzinsung und Tilgung des von Deutschland einschließlich der Vorkonferenzen angebotenen Kapitals von 50 Milliarden in 30 Jahren erfordern würden, so ergeben sich 133,2 Milliarden, und wenn man von den Vorkonferenzen abzieht, also von 30 Milliarden abzieht, immer noch 80,1 Milliarden, d. h. Annuitäten von 2,57 Milliarden jährlich bei einer Diskontierung (Verzinsung und Tilgung) mit 8 Proz. Diskontiert man auf dem gleichen Wege wie das Pariser Arrangement, also mit der bis auf 6 Milliarden gesenkten Zinssatz in 42 Jahren, so kommt man natürlich auf 226 Milliarden. Wenn das Pariser Arrangement wirklich eine Feststellung der Gesamtverschuldung Deutschlands sein sollte und ohne eine derartige Feststellung verliert jede Verhandlung über die Reparationsfrage — und zwar, wie wir meinen möchten, auch vom Standpunkte der Verbündeten aus — ihren Zweck, dann sind hinsichtlich des feststen Angebots die Unterschiede gar nicht so groß. Das Blatt schließt: Deutschland würde der Abweisung seiner Beschlüsse trotz des für jeden klüglichen Denkeren klaren Sachverhalts mit Ruhe entgegensehen, entschlossen, jeder Nepeffektivität gegenüber, gefügt auf sein gutes Recht auf den Friedensvertrag, die einmütige Haltung zu bewahren, welche die Ereignisse der letzten Wochen im deutschen Volke erneut gezeigt haben.

Die Konferenz der Verbündeten.

London, 2. März. (Anteiliger Konferenzbericht.) Die Führer der verbündeten Delegationen versammelten sich mittags, um den Bericht ihrer juristischen und wirtschaftlichen Ratgeber zu hören. Sodann beriet sich die Konferenz mit Feldmarschall Joffre, Feldmarschall Wilson und anderen militärischen Sachverständigen. Die Konferenz wird ihre Beratungen heute nachmittags 5 Uhr wieder aufnehmen.

London, 2. März. Reuters Bureau veröffentlicht ergänzend folgenden Bericht: Wie bereits gestern angekündigt, treten die juristischen und finanziellen Sachverständigen der Verbündeten heute morgen um 10 Uhr zusammen, um die Maßnahmen zu erwägen, die angesichts der Hal-

tung Deutschlands in der Reparationsfrage ergriffen werden sollen. Zugleich fand eine stief beschickte Sitzung im Schloßpark unter dem Vorsitz von Chamberlain, auf der Finanz- und Wirtschaftsfragen erörtert wurden. Hier waren die Finanzsachverständigen von Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien versammelt. Lord Aberdeen, Sir John Bradbury u. a. nahmen daran teil. Die französische Delegation war besonders zahlreich vertreten.

Paris, 2. März. Nach einer Meldung des Londoner Sonderberichterstatters von Havas soll in der heutigen Mittagsitzung der Schatzminister Chamberlain im Namen der wirtschaftlichen und Finanzkommission eine Vorlesung gehalten haben, welche die deutschen Vorschläge untersehe und ihre Unannehmbarkeit bemerke. Der französische Jurist Aronogast habe die Schlussfolgerungen der juristischen Kommission und Marshall Joffre die der militärischen Sachverständigen vorgetragen. Eine Erörterung habe nicht stattgefunden. Nachdem die Sachverständigen den Sitzungssaal verlassen hätten, hätten die Regierungschefs unter sich weiterverhandelt. Die finanziellen Sachverständigen seien um 3 Uhr wiederum zu einer Beratung zusammengetreten.

London, 2. März. Über die heutige Nachmittagsitzung der Verbündeten wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Die Verbündeten haben beschlossen, die Deutschen für morgen mittags 12 Uhr in den St. James-Palast einzuladen. In der Sitzung wird den deutschen Delegierten die Antwort der Verbündeten auf die deutschen Gegenanträge mitgeteilt werden.

Neuer meldet: Auf der heutigen Nachmittagskonferenz herrschte unbestimmte Übereinstimmung sowohl mit Bezug auf die deutschen Gegenanträge als auch auf die Folgen. Die Sitzung war von großer Bedeutung.

London, 2. März. Wie der „Star“ mitteilt, glaubt man, daß es sicher ist, daß den deutschen Vertretern eine Gelegenheit gegeben wird, ein anderes Angebot zu unterbreiten, bevor die Konferenz abgebrochen wird.

London, 2. März. Wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas berichtet, äußerte Briand bei seiner Rückkehr von der heutigen Nachmittagsitzung dem gegenüber, daß den Deutschen morgen mittags die einstimmigen Entscheidungen der Verbündeten mitgeteilt werden. Er lehnte es ab, vorher irgendwelche Mitteilungen zu machen.

Das österreichische Gold.

Paris, 2. März. In der angestauten Streitfrage über die Wertschätzung von 65 Mill. Kronen aus dem in der österreichischen Währungsreform eine Veräußerung dahin erzielt worden, daß die Summe Goldes den Liquidatoren angeschlossen wird, daß jedoch eine weitere Verfügung über diesen Betrag hinaus, soweit er nicht zur Regelung ausländischer Schulden erforderlich ist, ohne Entscheidung der anderen bei der Wiederherstellungskommission anhängigen Wiederherstellungsfragen nicht getroffen werden wird. Zur Ausarbeitung dieser Fragen wird schon in der ersten Hälfte des März eine Verhandlung vor der Wiederherstellungskommission stattfinden.

Der Völkerbundsrat und die Mandatsfrage.

Paris, 2. März. (Havas.) Im Namen des Völkerbundsrates antwortete da Cunha heute auf die amerikanische Note betreffs Zuteilung einiger Mandate. Die Antwort hebt hervor, daß die

Lage dadurch verwickelt wird, daß die Vereinigten Staaten von Amerika es nicht für angebracht gehalten haben, den Vertrag von Versailles zu ratifizieren, noch ihren Sitz im Völkerbundrat einzunehmen. Was die Mandate selbst betrifft, so legt die Antwort folgendes: 1. Mandate über ehemalige ottomanische Besitzungen einschließlich Mesopotamiens. Die Antwort versichert, daß durch den Völkerbundrat keinerlei Entscheidung getroffen werden wird, ohne daß den Vereinigten Staaten Gelegenheit gegeben wird, ihre Ansicht zum Ausdruck zu bringen. 2. Was die Mandate über die ehemaligen deutschen Kolonien anlangt, so verzieht der Rat die weitere Prüfung bis zur nächsten Sitzung, die voraussichtlich etwa im Monat Mai stattfinden wird, und läßt die Vereinigten Staaten ein, an den Vorgesprächen teilzunehmen. 3. Hinsichtlich der Mandate über die ehemaligen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean hat der Rat schon seine Entscheidung getroffen. Die Hauptentscheidung in dieser Hinsicht scheint die Ausdehnung des an Japan übertragenen Mandates auf die Insel Yap zu betreffen. Der Rat erinnert daran, daß für die Zuteilung der Mandate unterschieden Gebiete der Oberste Rat zuständig ist, nicht aber der Völkerbundrat. Zu der Zuständigkeit des Völkerbundrates gehört nicht die Zuteilung der Gebiete, sondern einzig und allein deren Verwaltung. Es handelt sich demnach allem Anschein nach um ein Rippenstreitverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und den hauptsächlichsten verbündeten Mächten, nicht aber zwischen den Vereinigten Staaten und dem Völkerbundrate. Der Rat übermittelte seine Note sofort an die verbündeten Mächte. Die Antwort gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Erklärungen des Völkerbundrates die Zustimmung der Vereinigten Staaten finden werden.

Völkerbundskonferenz in Barcelona.

Berlin, 2. März. Der Völkerbund hat eine Konferenz nach Barcelona einberufen, um die in der Völkerbundsakte vorgesehene allgemeine Verkehrs- und Transportfreiheit ihrer Verwirklichung zuzuführen. Das Programm der Konferenz umfaßt die Aufstellung von Entwürfen zu einem Verkehrsvertrag über die Freiheit des Durchgangsverkehrs sowie zu einer internationalen Rechtsordnung für die schiffbaren Wasserstraßen, die Eisenbahnen und Häfen. Eine Einladung zur Teilnahme an der Konferenz, die am 10. d. M. beginnt, ist auch der deutschen Regierung zugegangen und von ihr angenommen worden. Die Angelegenheit ist für Deutschland insofern von besonderer Bedeutung, als es durch den Vertrag von Versailles verpflichtet worden ist, jedem allgemeinen Abkommen über die internationale Regelung des Durchgangsverkehrs, der Schiffahrtswegen, Eisenbahnen und Häfen beizutreten, das zwischen den verbündeten Mächten mit Zustimmung des Völkerbundes binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten des Versailles-Vertrages abgeschlossen wird.

Ende des italienischen Eisenbahnerstreikes.

Rom, 2. März. Der Ausstand der Eisenbahner ist im ganzen Lande beendet.

Die Lage in Italien.

Rom, 2. März. In Pisa wurden bei Zusammenkünften zwischen Sozialisten und Sozialisten zwei Personen verhaftet. Die Elektrifizierungsarbeiten der Arbeit niedergelegt. In Florenz haben die Gas- und Elektrifizierungsarbeiter einer Aufforderung der Kommunisten entsprechend die Arbeit

wieder aufgenommen. Der Jagdverbot ist wieder ein. Die Stadt ist ruhig. Nach einer Meldung des „Giornale d'Italia“ aus Triest haben die Sozialisten, um für die Einbürgerung des Gebäudes der Arbeiterkammer Veranlassung zu geben, die Bauten von St. Marco in Brand gesetzt. Ein Arbeiter wurde dabei getötet. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Einspruch der Griechen gegen die Vorschläge der Verbändemächte.

DA Athen, 2. März Die Einwohner von Athen hatten sich am letzten Februartage zu einer gewaltigen Massenversammlung zusammengefunden, die unter Beileitung aller innerpolitischen Parteiführer in einer Entschiedenheit den festen Willen des griechischen Volkes zum Ausdruck brachte, daß die nationalen Rechte der Griechen, wie sie im Vertrag von Sèvres anerkannt seien, aufrecht erhalten werden müssen. Eine Delegation wurde aus dieser Versammlung abgeordnet, die den französischen und englischen Legationen in Athen eine Protestadresse gegen die Vorschläge der Londoner Orientkonferenz überreichte. Darin wurde ganz besonders scharf Stellung genommen gegen die Verbändebeschlüsse über Thrazien und Kleinasien. Das griechische Volk wolle nichts wissen von einer internationalen Kommission, die den ethnologischen Charakter dieser Gebiete studieren soll.

Ein neuer Anlauf zu Zwisten zwischen Japan und Amerika.

DA London, 2. März Laut Meldungen der Zeitung „Shanghai Life“ hat die Nachricht, daß Amerika von der Sowjetregierung die FischereikonzeSSION auf Kamtschatka erhalten habe, in Japan große Aufregung hervorgerufen. Japanische Regierungskreise haben erklärt, daß sie amerikanische Fischereidampfer in den Gewässern von Kamtschatka nicht dulden werden, da Japan die KonzeSSIONen für sich beansprucht.

Warnung vor Werbern der Fremdenlegion.

(N.) In der letzten Zeit sind an amtliche Stellen von den verdächtigen Seiten Mitteilungen gelangt, wonach junge Leute unter der Vorwangebung, es solle ihnen im französischen Wieder- aufbaugesbiet lohnende Arbeit verschafft werden, in die Fremdenlegion verlockt worden sind. Es kann nicht dringlich genug davor gewarnt werden, solchen Einflüsterungen Gehör zu schenken. In der Frage der unmittelbaren Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat sich die französische Regierung bisher bekanntlich ablehnend verhalten. Es ist daher auch bis jetzt der Einrichtung amtlicher Arbeitsnachweise für diesen Wiederaufbau nicht näher getreten worden. Sollten deutsche Arbeiter wirklich schon jetzt in das Wiederaufbaugesbiet abgemondert sein und dort Beschäftigung gefunden haben, so kann es sich nur um Einzelfälle handeln.

Ortliche Angelegenheiten.

Tresden, 3. März.

* Beim Bürgerhospital sollen vom 1. April 1921 ab zehn Chiropraktiken begründet werden, deren Unterbringung in einem besonderen Flügel des Verordnungsgebäudes unter dem Vorsitz am angeordneten Bedingungen in der letzten Sitzung genehmigt worden ist. Das Wohnungsamt wird für

werden; so eines Blutdruckmessers, des elektrischen Zweifelsbades, des Raolin-Krethons u. a. Auch die von Gærtner hergestellte Feinmilch ist für die Ernährung von Kranken und Kindern vielfach in Gebrauch gekommen.

Literatur. Aus Hannover wird gemeldet: „Mary“, ein neuer Roman des Wilmers Siegfried Geier, gelangte in der Schauburg zur erfolgreichen Aufführung. Man sieht „4 Wüder aus der guten Gesellschaft“, in denen sich Mary auf den verschiedenen Stufen moralischer Entwicklung anschaulich darstellt. Mary ist anfangs naiv, dann toleriert sie mäßig überlegen mit der Untugend, und im dritten Bilde ist sie nahezu fertig“. Sie kommt da in den schlichten Sitten der guten Gesellschaft vollkommen erschein von einer Reize auf ihrem Freunde auf die Erde, um sich — von ihrem Bräutigam zu erholen und zu erfahren, daß ihr die anderen in der Unanständigkeit noch über sind. Im Schlußbild, das „Venus im Pels“ heißen möchte — sie hat ja sonst nichts an —, gebildet sich Mary ein bißchen als Lulu, nur ist sie durchaus gutmütig geblieben. Sie rächt sich an dem Trottel von Maler, auf den sie vergeblich ihr Auge geworfen hatte, nachdem auf beiden Seiten der erotische Instinkt verlagert hat, indem sie ihm, wie während Madame Tostapher, nachher mitdringende Dinge nachsagt, zu dem Joseph keine Lust hatte.

Der dritte Teil der Trilogie „Ein Geschlecht“, in dem Fritz v. Urtuch ein gewaltiges Zeit- und Lebensbild entrollt, geht seiner Vollenendung entgegen und soll noch im Herbst dieses Jahres zur Aufführung gelangen. Das Werk wird, nach dem Namen des Helden, den Titel „Dietrich“ führen.

Ständebau. Ein neues historisch wertvolles Museum wird in Weimar im alten Bau des ehemaligen Residenzschlosses errichtet werden. Neben den Dichtersimmern, die unversändert erhalten bleiben, sind vornehmlich die Repräsentationsräume des Schlosses als Museumsräume auszuweisen. Die Einweihung der Zimmer

soll die vor etwa hundert Jahren werden. Die alte Kunst aus Weimars großer Zeit soll hier an klassischer Stelle vereinigt werden und einen Überblick über die Zeit „Karl August“ geben. Museumsdirektor Köhler hat die Einweihung des Museums übernommen.

Kunst. In der Staatsoper in Helsingfors wurde die erste Aufführung der „Jaubersflöte“ in finnischer Sprache bei ausgereicherter Publikumsfülle unter Franz Mikereys musikalischer und Direktor Hermann Gutas scheinlicher Leitung mit Begeisterung aufgenommen.

Theater und Film. Aus Wien schreibt man man aus: Im Parlament ist ein neues Theatergesetz eingebracht worden, das bestimmt, daß den Schauspielern und Schauspielern sämtliche Kleider zur Verfügung gestellt werden müssen, daß ferner jedem Mitglied der Bühne ein vierwöchentlicher Urlaub zu gewähren ist. Zur Teilnahme an Proben während der Nacht, sowie an Sonn- und Feiertagen sind die Mitglieder nicht verpflichtet. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Die Bezüge der Bühnemitglieder sind dreimal monatlich und zwar am 1., 10. und 20. eines jeden Monats auszusahlen. Wenn ein Mitglied einen Unfall erleidet, sind seine Bezüge weiter zu bezahlen, ebenso im Falle von Schwangerschaft.

Im 52. Lebensjahre ist in Berlin der Regisseur Dr. Alfred Daniel gestorben. Daniel, ursprünglich Parlamentsredakteur, holte sich durch seinen Fleiß zu einem ausgezeichneten Vortragshörer herangebildet. Daniel verfügte über ein selbstbestimmtes Gedächtnis, er brachte es fertig, „Parabel“ oder „Tribun und Holbe“ frei zu recitieren. Seine Sprechweise, vornehm und gewissenhaft, folgte klassischen Vorbildern. Als Stimmbildner konnte Daniel große Erfolge verzeichnen.

Lieber- und Kien-Kend. (Kieganzer Alexandrowitsch) Im Rahmen dieser von dem neugegründeten Deutsch-Russischen Lite-

tarisch-Künstlerischen Verein abgehaltenen Veranstaltung hörte ich am Dienstag im Logenhaus aus dem Munde des Konzertgebers eine Reihe von Gefängen von Dargomysski und Tschalkowski. Der junge Sänger, von der St. Petersburger Staatsoper, zeigte sich im Besitz einer sympathischen Tenorstimme ausgesprochen lyrischen Charakters. Er handhabte sie im Sinne einer vorwiegend auf dem Spreidengang eingehenden Tongebung unerkennbar mit Kultur und Geschmack und erzielte so auch für den Hörer, welcher der russischen Sprache nicht mächtig ist, sehr ansprechende Darlegungen. Im Vortrag gewann er durch seine Intelligenz überall den rechten, unmittelbar berührenden Ausdruck, sei es im heiteren, sei es im schweremütigen Genre, und so war es wohl zu verstehen und zu billigen, daß die Hörerschaft seine Darbietungen mit lebhaftem Beifall aufnahm. A. Garwitz am Flügel begleitete mit allem erwünschten musikalischen Feingefühl. Der speziell slavische Charakter des Zusammenwirkens der beiden Herren gab dem Abend, soweit ich ihm beizuwohnen vermochte, einen besonderen, und nicht zu leugnen, anziehenden Charakter. O. S.

Vortragabend. In unsere härteren Tage geht die durchgehaltene Kunst Ludwig Müllers. Er übertrug von hohem Bergespiegel ein Land, das kein Feind uns rauben kann. Gigantische Schluchten, steil ragende Felsen in durchschimmernder Luft. Menschenschädel und Menschenfleisch als Symbol ureigenen Werdens. Wie so oft fanden Schiller und Goethe allein auf dem Programm. Und zwar die jugendlichen, überdramatischen Dichter, die das Weltbild zu gestalten trachten an der Hand alter mythologischer Mächte. Das Fernstudium dürfte das Prometheusfragment, in dem der fähige titanische Wille des jungen Goethe nach Ausdruck rang, ähnlich in Schillers wenig bekannter „Semele“. Die „Götter der Menschheit“ ist keinem zu überschreiten gestattet, wenn nicht furchtbar die Rache der Götter drohen soll. In dieser Selbstbestimmung führte gestern auch Müllers mit dem bestglückten Schwung reiner

Worte. Wie schien, als sprengte die begeisterte Wucht fast die Banden des Gedichts, als sei auch der reise Künstler von jugendlicher Kraft hingeworfen, vom Wüsten an das Ende. Darin liegt Müllerss ungewöhnliche Kunst, daß sie den verschütteten Stromen unserer Seele wieder quellen läßt. Dichtung und Vortrag floßen zu einem Kunstwerk mit unendlicher, weickingender Melodie zusammen. So war der Eindruck ungewöhnlich nachhaltig, bis er zuletzt in wahren Beifallsstürmen sich entlief.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der Dresdner Opernchor unter Leitung von Karl Pembaur gab ein Konzert in der „Kirche unserer Frau“. Auf dem Programm standen u. a. „Sanctus“ aus „Balestrina“, „Bürgerchor aus „Tannhäuser“, „Patena-Chor aus „Arioso“, „Lied von Lange-Müller und Wied-Rudolph“. Die Kopenhagener Presse soll den Dresdner Sängern großen Beifall, hebt jedoch hervor, daß das Programm zum Teil für ein Kirchenkonzert nicht sehr geeignet gewesen sei.

Wachs künstliche Rolette „Jesu, meine Freude“ wird nächsten Sonnabend in der Kreuzkirchendeckelung gegeben. Sie ist Wachs umfangreichstes a cappella-Werk. Zugrunde liegt ihr die bekannte Gräberische Kirchenweise, der frei erfundene Tonbild eingestuft sind. Die beiden Sätze „Trotz dem alten Trauen!“ und „Ihr aber seid nicht fleischlich“ bilden die Epigen dieser außergewöhnlich feinen und lebendig geformten Komposition.

In der am Montag, den 7. März, abends 7 Uhr im Kurländer Palais (Frühlingssaal) stattfindenden Sitzung des Sächsischen Kulturvereins wird der Direktor des Sächsischen Haupttheaters, Dr. Geh. Regierungsrat Dr. Lippert, einen Vortrag über „Kugeln des Statten“ halten.

... durch die Unterbringung freiverwendbare Kleinwohnung den Betrag von 2000 M. dem Vermögen des Bürgerhospitals überweisen. — In derselben Sitzung wurde dem vom Einigungsamt aufgestellten Entwurf einer Ordnung für das neu-zuerichtende Pachtverwaltungsamt, das dem Dresdner Einigungsamt angegliedert werden soll, zugestimmt.

Die Geltungsdauer des 13. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Dresden vom 17. Dezember 1914, betr. die erhöhte Billethöhe, ist vom Ministerium des Innern bis auf weiteres verlängert worden.

Im Reichshaus Seminar fand die feierliche Entlassung der neuen Schulamtskandidaten am 26. Februar statt. Ihre Prüfung schloß am 22. Februar. Sie ergab folgende Resultate: in Reifeprüfung 3 Ia, 2 IIa, 7 II, 10 Ib, 1 IIIa; in Matur 2 Ib, 1 IIa, 7 II.

Nachdem nunmehr feststeht, daß der Nationalvertrag nicht auf Sonntag, den 6. März fällt, sondern auf einen späteren, noch zu bestimmenden Tag verlegt wird, findet der Osterjahrmarkt vom Sonntag, den 6. bis mit 8. März statt.

Als Anteil der Stadtgemeinde Dresden an der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Instandhaltung und Ausbesserung von Gebäuden wurden in der letzten Monatsrechnung 350 000 M. zu Lasten des dem Reichsfürsorgeamt für die Erwerbslosenfürsorge bewilligten Berechnungsbudgets zur Verfügung gestellt. Ferner bewilligt der Rat für die aus Anlaß der Abstimmung in Oberschlesien geplante Schließung der Bahnhofsallee und Vorplätze 7000 M.

Das Mieteinigungsamt der Stadt Dresden konnte am 1. März auf ein dreijähriges Bestehen zurückblicken. Es wurde am 1. März 1918 gegründet. Die Aufgaben des Amtes sind ständig größer geworden. In ihm kämpften Mieter und Hausbesitzer um ihre Rechte und Ansichten. Das Amt erbringt seine Aufgabe darin, die Wünsche auszugleichen und alle Parteien möglichst zufrieden zu stellen.

Am Donnerstag, den 10. März, abends 7 Uhr, findet in der Aula des Reichshaus Seminars zu Dresden-Neustadt, Nationalallee 5, die 1. Instrumentalvorspielübung des Seminarschlechters statt. Gäste willkommen. Eintritt gegen Programmabgabe an der Abendkasse.

Der Hauptstuhl-Vereinsvereinsverein für Haus- und Grundbesitzer in Dresden hält seine ständliche Hauptversammlung Sonnabend, den 19. d. M., abends 6 Uhr Marienstr. 25, hier, ab.

Nächsten Sonntag, den 6. d. M., abends 8 Uhr wird im Jungmännerverein, Blasstr. 3, Hr. Florer Dr. Göllingh ein Vortrag gehalten über „Die Kinder“.

Die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Schachbundes verkauft jetzt als Tanti Übersichtsblätter für die neue Hälfte ein Hüftmaßblatt in braunem Reicher Pöttger-Porzellan zum Preise von 10 M. Die Arbeitsgemeinschaft hat das alleinige Vertriebsrecht für ganz Deutschland.

Von der 1. Kriegsteilnehmer-Weltdienstleistung die Prämie von 75 000 M. mit einem Gewinn von 5 M. auf die Nr. 12382 nach Dresden, in die Staatslotterie-Einnahme von Alexander Heßler, Weißgasse 1, Ecke König-Johannstraße.

In der Nacht zum 3. März ist in einem Lebensmittelgeschäft auf der Estra-Allee die Schaufensterscheibe zertrümmert und aus der Auslage u. a. ein großer Posten portugiesische Oliven in größeren und kleineren Töpfen im Werte von etwa 1000 M. gestohlen worden. Die Kriminalpolizei bittet hierzu um aufklärende Mitteilungen.

In der Offiziersverwahranstalt des Polizeipräsidiums befinden sich 3 1/2 m schwarzer Anzugsstoff und zwei blaue gestreifte Männerbläusen

in Verwahrung. Die Sachen, die von Diebstählen herrühren dürften, sind bis jetzt nicht unterzubringen gewesen. Geschädigte wollen sich an obiger Dienststelle, Zimmer 71a, wochentags von 8 bis 2 Uhr melden.

Sächsische Angelegenheiten.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Der Deutsche Schachbund schreibt: Bei der Beförderung der Abstimmungsunterlagen nach Oberschlesien liegen besonders schwierige eigenbetriebliche Verhältnisse vor und zwingen die bei der Organisation der Reise tätigen Stellen (Deutscher Schachbund, Generaldirektion Ost) zu bestimmten Maßnahmen, deren zeitungsstille Durchführung eine glatte Abwicklung des Verkehrs gefährdet. Nichtbeachtung kann zu schwerwiegenden Verzögerungen und nicht unerheblichen Unbequemlichkeiten für die Reisenden führen. Wir bitten daher die Abstimmungsbeteiligten, durch vertrauensvolle Anerkennung aller Maßnahmen der beteiligten Stellen zu einem glatten Verlauf der Hin- und Rückreise und damit zur eigenen Bequemlichkeit selbst beizutragen. Die Beförderung aller Stimmberechtigten an einem einzigen Tage, dem Tage vor der Abstimmung, ist, wie jeder leicht einsieht, eine Unmöglichkeit. Es mußte stattdessen eine Verteilung der Züge für den Hin- und Rücktransport auf einen zehntägigen Zeitraum vorgesehen werden. Dasselbe gilt für den Rücktransport. Die in den ersten Tagen abgefertigten Stimmberechtigten haben daher einen Anspruch auf entsprechend vorzeitige Rückbeförderung. Die in den letzten Tagen vor der Abstimmung abreisenden Stimmberechtigten müssen stattdessen die auf dem Fahrschein vermerkte Zeit, im allgemeinen 11 Tage, im Abstimmungsbereich verbleiben. — Angestellte, Arbeiter, Beamte! Wendet euch an eure Arbeitgeber und Vorgesetzten. Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte! Wendet euch an eure Berufsvereinigungen wegen Vertretung. Geschäftsleute, Handwerker! Macht euch frei für 12 bis 14 Tage. Das Vaterland verlangt es! Züge sind jeder der dringenden Notwendigkeit und halle sich jeder vor Augen, daß nur der wichtig heimattreu ist, der nicht nur an seine Person, sondern auch an das Gelingen des Ganzen denkt!

Leipzig. Nach Meldungen der ehrenamtlichen Leiter des Reichsausschusses für die Leipziger Ostermesse im Auslande liegt aller Grund vor, anzunehmen, daß diesmal der Zustrom der Ausländer noch ganz bedeutend stärker einströmen wird als bei der letzten Messe. Nach den Erfahrungen aus der Anmeldungsstatistik der früheren Messen kann man bei allerbescheidenster Annahme mit einem Besuche von mindestens 25 000 Ausländern für die Frühjahrsmesse 1921 rechnen.

Hier wurde vor einem Kreise geladener Gäste die vom Bürgerausschuß ins Leben gerufene Ausstellung „Das Friedensdiktat von Versailles und seine Folgen“ eröffnet. Die Ausstellung ist auf dem Grundstod der feierzeit in Bremen veranstalteten gleichartigen Ausstellung aufgebaut und bezweckt die vollständige Darstellung der Lehren des Versailles-Vertrages.

Jizidau. Die Stadterhaltungen von Jizidau, Glaschau, Neeranc, Urimitschan, Werdau und Weichenbach haben sich zusammengefunden und die Gründung eines Stadtbürgermeisters mit dem Sitz in Jizidau. Vorgesehen sind bis jetzt Schachspiel und Operette.

Der Rat der Stadt Jizidau war an die Stadt Werdau mit dem Ersuchen herangekommen, für eine zu errichtende Antolinie Jizidau-Werdau und zuzieh einen Teil der Kosten zu übernehmen. Die sächsischen Kollegen haben einstimmig beschloffen, diesem Ersuchen nicht zu entsprechen, da sie die Linie nicht für lebensfähig halten.

Die Stadtgemeinde Jizidau steht mit den Schulgemeinden Bodwa, Gainsdorf, Kulisch, Niederhollau, Oberhollau, Oberhollendorf, Pöhlau, Reinndorf, Schemditz, Wielau und Wilkau wegen Gründung eines Zweckverbandes für die Ostern 1921 zu errichtenden Mädchenfortbildungsschulen in Verhandlung.

Remtau i. S. Der Gemeinderat beschloß auf Antrag der Wehrheitssozialdemokraten die Einführung der kostenlosen Totenbestattung und überwies die Angelegenheit einem Ausschuss zur Vorbereitung.

Werdorf. Die Kohlenförderung ist beim Werdorfer Steinkohlenbrevier im Jahre 1920 um 2,88 Proz. gegenüber 1919 gestiegen, dagegen die Arbeitsleistung für Mann und Jahr um 8,96 t gesunken.

Tageschronik.

Berlin, 2. März. Laut „D. Z. am Mittag“ wurden zwei galizische Kaufleute, die von einer Bank in Galizien beauftragt worden waren, 3 Millionen Rubel nach Berlin zu bringen, am Schlesischen Bahnhof von zwei Männern empfangen, von denen sich der eine als Kriminalbeamter auswies. Die beiden Kaufleute wurden in einen Kraftwagen gesetzt. Es begann eine Fahrt durch Berlin, wobei vor den verschiedenen Polizeibureaus Halt gemacht wurde. Einer der beiden Berliner ging immer hinein, während der andere mit den Kaufleuten vor der Tür wartete. Bei einem dieser Besuche verließen die Kaufleute den Kraftwagen, indem sie ihre Taschen mit dem Gelde zurückließen. Diese Gelegenheit benutzte der Begleiter, um mit dem Kraftwagen davonzufahren. Die beiden Galizier merkten jetzt erst, daß sie Schwindler in die Hände gefallen waren, und machten Anzeige bei der Polizei, welche die beiden Schwindler, einen Schloffer und einen Kaufmann, bereits festgenommen und bei einem von ihnen 600 000 M. beschlagnahmt hatte, in welche die russischen Banknoten bereits umgeläuft worden waren.

Altenberg, 3. März. Am 24. Februar verstarb in Altenberg die langjährige Beobachterin der Sächsischen Landes-Weitterwarte, Frau Emma Bernw. Richter. Die Verstorbene hat 42 Jahre lang in fester Treue und Gewissenhaftigkeit die amtliche meteorologische Station II. Ordnung in Altenberg verwaltet und führte lückenlos Beobachtungen bis zu ihrem Tode aus.

Hennsburg, 2. März. Wegen Arbeitsvereinerung beim Stapellauf des Dampfers „Tirpiz“ beschuldigte die Hennsbürger Schiffbau-Gesellschaft, die Belegschaft am 1. März 12 Uhr mittags zu entlassen. In einer heute morgen von Vertretern der Arbeiter nachgeleiteten Verhandlung stellte sie für die Wiederaufnahme der Arbeit die Bedingung, daß die Leute sich bereit erklärten, die erforderlichen Arbeiten vorzunehmen und dem Stapellauf in Gegenwart des Großadmirals v. Tirpiz und des Hrn. Hugo Stinnes oder deren Vertretern kein Hindernis zu bereiten. Mit diesen Bedingungen erklärten sich die Arbeiter einverstanden, und der Stapellauf ging heute nachmittags 1/4 Uhr im Beisein Tirpiz' und des Vertriebers des bereits abgesetzten Hugo Stinnes vor sich. Die Arbeit bei der Hennsburger Schiffbau-Gesellschaft wird am 3. März wieder aufgenommen.

Marienburg. Auf dem morgigen Eis der Regat bei Marienburg brach ein dreißigjähriges Mädchen ein. Vier andere Kinder, die sie vom Tode des Ertrinkens retten wollten, getrieben gleichfalls unter Eis. Der auf die Hilfe herbeieilende Schleusenwärter konnte unter eigener Lebensgefahr nur ein Mädchen retten, die anderen vier ertranken.

London, 2. März. Ein früherer deutscher Handelsdampfer, der jetzige englische Militärtransporter

„Junispyl“, ein 6000 t-Schiff, das am 3. März mit englischen Truppen nach den Kolonien abgehen sollte, ist in Southampton plötzlich auf geheimnisvolle Weise gesunken.

Sport.

Schwerathletik.

Ergebnisse der Ringkämpfe im Circus Sarrasani am 2. März. Im Kampfe Karwan gegen Schmidt (Dresden) siegte Karwan nach 5 Minuten durch Ausheben mit Wähle. Kobmayer und Pichler zingen 20 Minuten unentschieden. Wehhardt (Neudöhlen) legt Koch (Zeutschschaustr.) in 4 Minuten durch Schulterbrechgriff. Weltmeister Rihbacher besiegte Philipp (Charlottenburg) nach 15 Minuten durch Untergriff von vorn. Morgen, Freitag, finden 5 Ringkämpfe statt. Es werden auf die Matte treten: 1. der gewandte Deutschaustralier Jim Koch gegen den schmächtigen Ungarn Jozsef Kowark; 2. die beiden Riesen Prochaska (Tschcho-Slowakei) und Kobmayer, der sympathische Gewinner der vorjährigen Europa-Welterschaft; 3. Weltmeister Strenge gegen Philipp (Charlottenburg); 4. Pichler (Wäner) und der Riese Karwan (Wäner). Im Entscheidungskampfe treffen sich der elegante Dresdner Schmidt und Rober (Opprensen), die am 1. März unentschieden rangen. — Den Ringkämpfen voraus geht das Circus-Vorprogramm mit neuen Darbietungen des Direktors Blumenfeld. Besonders zu erwähnen sei auch der Entschleunungskünstler Szendr, der Verblüffendes in seinem Fache leistet.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 3. März. Wochenübersicht der Reichsbank vom 23. Februar 1921. Mittels: 1. Metallbestand (der Bestand an kassierten deutschen Gold- und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kassenprogramm sein zu 284 M. berechnet) 1 099 109 000 M., Jun. 252 000 M., darunter Gold 1 001 620 000 M., Abn. 6 000 M., 3. Bestand an Reichs- und Darlehensschuldscheinen 21 815 132 000 M., Abn. 1 484 575 000 M., 4. Bestand an Noten anderer Banken 2 060 000 M., Jun. 306 000 M., 5. Bestand an Wechseln, Schecks u. diskontierten Schekenausweisungen 50 999 874 000 M., Jun. 245 042 000 M., 6. Bestand an Lombardforderungen 27 004 000 M., Jun. 14 326 000 M., 7. Bestand an Effekten 184 276 000 M., Jun. 9 506 000 M., 8. Bestand an sonstigen Mitteln 9 030 117 000 M., Abn. 311 142 000 M., Passiva: 9. Grundkapital 180 000 000 M., unverändert, 10. Referenzfonds 104 258 000 M., unverändert, 11. Betrag der umlaufenden Noten 65 519 877 000 M., Abn. 413 927 000 M., 12. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 13 729 893 000 M., Abn. 1 112 647 000 M., 13. Sonstige Passiva 3 623 554 000 M., Jun. 370 000 M.

Table with 4 columns: Telegraphische Auszahlung, 2.3., 2.2., 2.1., 2.0. and 2.3., 2.2., 2.1., 2.0. with various numerical values.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingungslos.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Ral in Dresden.

Nur den Bezugsbesitz der Amtshauptmannschaft Auerbach i. S. wird eine

Bezirksfürsorgerin

10860 gesucht. Nur Bewerberinnen mit längeren praktischen Erfahrungen und wissenschaftlicher Vorbildung auf den Hauptgebieten der sozialen Fürsorge, die selbständig arbeiten können, wollen sich unter Beifügung von Zeugnissen schriftlich melden bei dem Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft.

Stelle des Stadtarztes

(Zielortleiter des Stadtbezirksamtes) 1. April 1921 wieder zu besetzen. Dienstbesoldung (Gehalt, Ortszuschlag, Auswahlschlag, Kinderbeihilfen) nach Reichs- und Staatsvorschriften, Besoldungsgruppe XI, Ortsklasse A 3. St. 23 290 M. Anfangs-, 33 150 M. Endbezug neben etwaiger Kinderbeihilfe, Anrechnung bisheriger Berufszeit nach Grundfragen möglich. Staatsschulische Prüfung für Sachsen erforderlich. Bewerbungen baldigst an Stadtrat Chemnitz.

Stadtrat Chemnitz.

An den hiesigen Volksschulen sind sofort einige ständige Lehrstellen zu besetzen. Gehaltsbesätze nach den staatlichen Grundfragen, Ortsklasse C. Bewerbungsverfahren mit Zeugnissen sind sofort hierher einzuschicken.

Stadtrat Reichenaich i. S., den 1. März 1921.

Hingert Stenogrammisten für das Rassenwesen, der etwas Kenntnisse von der kaufmänn. Buchführung hat, wird zum baldigen Eintritt gesucht. Dürftige Besoldung nach Gruppe V, Ortsklasse D. Bewerbungen bis 10. März er. an den Gemeindevorstand zu Göpzig (Sbe) erbeten. 10867

Sommersprossen gelbe Haut, Milse, Leberflecke. LILIONESE Flösche 10,00 Mk. LILIONESE-KREM Tube 5,00 Mk. PAUL SCHWARZLOSE

Das Erziehungsheim Wittweida, eine große Fürsorgeeinrichtung des Regierungsbezirks Leipzig, sucht eine hoch. geprüfte Schweißer. Sie ist zunächst Vertretung und Hilfe der 1. Schweißer und hat sich in 2. Linie in der Erziehung zu betätigen. Besoldung nach staatlichen Grundfragen. Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften erbeten. 10868 der Direktor.

Dresdner Feuerversicherung

Landwirtschaftliche Feuerversicherung in Sachsen — Allgemeine Feuerversicherung in Deutschland.

Die nächsten Ringlieder werden hiermit zur 48. ordentlichen Hauptversammlung, die Mittwoch, den 23. März d. J. nachm. 3 Uhr im großen Saale des Hotel Bristol in Dresden, Platz 7, abgehalten werden soll, ergebenst eingeladen. Die Besetzung einer von der Hauptverwaltung ausgeschickten Bezeichnung berechtigt jedes Mitglied für seine Person zur Teilnahme. Die Ausstellung der Bezeichnung ist mindestens 10 Tage vor der Hauptversammlung bei der Hauptverwaltung zu beantragen.

Dresden, am 26. Februar 1921.

Der Vorsitzende des Ausschusses

Geheimer Rat Dr. Hänel.

Tagesordnung.

- 1. Entgegennahme des Jahresberichts auf 1920
2. Bericht des Prüfungsausschusses und Rechnungsprüfung des Rechnungsausschusses auf das Jahr 1920
3. Bericht über die Verwendung des Geschäftsausschusses und über die Rückzahlung an die Mitglieder
4. Beschlussfassung über die neue Satzung
5. Änderung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherungen
6. Wahlen. 10869

Gemeindevorstand.

24. J. 3. d. ein. Ortschaft, in Pöhlitz, Weide, Armen- u. Ernähr.-Anstalt, georb. f. andern. Ziell. d. H. Stadt-od. Landgem. Gef. Angeh. u. H. Neb. Geschäftsb. d. J. erb. 10866

Residenztheater.

Ihre Hoheit — die Tänzerin. Operette in drei Akten von Oscar Felix und Richard Bars. Musik von Walter W. Goetze. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Sonnabend nachmittags 3 Uhr (sonntags Freize): Die Weise ins Märchenland.

Sonnabend: Wagnon. Oper in drei Akten von Michel Caré und Jules Barbier. Deutsch von Ferdinand Gumpert. Musik von Ambroise Thomas. Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Schauspielhaus.

Die verurteilte Glocke. Ein deutsches Märchen-drama in fünf Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang 1/2 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Sonnabend: Jenseits.

Sonnabend: Jenseits. Anfang 1/2 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Aberttheater.

Gastspiel Paul Wegener: Totentanz von Strindberg. Anfang 1/2 Uhr. Sonnabend Gastspiel P. Wegener: Wespennest.

Von der Reise zurück

Prof. Dr. med. A. Strubell

Spezialarzt für innere Krankheiten

einschl. der oberen Luftwege (10797

Prager Straße 52, 2.

Sprechstunden: Donnerstags von 12—1 u. 5—6 Uhr.

Mittwochs unbestimmt. Tel. 22 189.

Das Institut für Herzkrankheiten

befindet sich Prager Str. 52, 4. Tel. 22 189.

Wasserrände der Elbe und Moldau.

Table with 2 columns: 2. März, 3. März and values: -5 +5 +25 +17 +48 -97, -14 -4 +56 +25 +48 +51 -97

Familiennachrichten.

Verlobt: Hr. Bankbeamter Wilhelm Böfner mit Frau Lotte Wöttger-Wange in Dresden; Hr. Dr. rer. pol. Friedrich-Eduard Engel mit Frau Elisabeth Scheller in Dresden; Hr. cand. ing. Paul Knuth in Dresden mit Frau Mathilde Eber in München; Hr. Hans Thümmel mit Frau Ingeborg Frode in Leipzig; — Vermählt: Hr. Generaldirektor A. Carl Schoof Bey in Dresden mit Frau Friede Kleebauer in Konstantinopel. — Gestorben: Frau Therese Wenzel geb. Lange, Polizeiwachmeisterwitwe in Dresden; Hr. Robert Gustav Emil Ulrich, Senatspräsident a. D. (77 J.) in Dresden; Frau Pauline verw. Palm geb. Scharr in Dresden; Frau Anna verw. Roth geb. Humm, Feuerwehrtmajors-Witwe (73 J.) in Dresden; Frauen: Fel. Eise Bälow in Leipzig-R.; Hr. Fabrikbesitzer Carl Friedrich Voigt (20 J.) in Leipzig-Wölitz.

Kauf Blatt 547 des Handelsregisters, die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 22 des Handelsregisters...

Kauf Blatt 270 des Handelsregisters, die Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 63 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Weberei G. K. Frenzel & Sohn...

Kauf Blatt 208 des Handelsregisters, die Firma Verfertigung Johanneisengruben...

Kauf Blatt 286, bez. die Großenhainer Webstuhl- und Maschinenfabrik...

Kauf Blatt 474, bez. die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 208 des Handelsregisters, die Firma Verfertigung Johanneisengruben...

Kauf Blatt 393 des Handelsregisters für den Stadtbezirk Pössa...

Kauf Blatt 270 des Handelsregisters, die Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 63 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Weberei G. K. Frenzel & Sohn...

Kauf Blatt 208 des Handelsregisters, die Firma Verfertigung Johanneisengruben...

Kauf Blatt 286, bez. die Großenhainer Webstuhl- und Maschinenfabrik...

Kauf Blatt 474, bez. die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 208 des Handelsregisters, die Firma Verfertigung Johanneisengruben...

Kauf Blatt 393 des Handelsregisters für den Stadtbezirk Pössa...

Kauf Blatt 270 des Handelsregisters, die Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 63 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Weberei G. K. Frenzel & Sohn...

Kauf Blatt 208 des Handelsregisters, die Firma Verfertigung Johanneisengruben...

Kauf Blatt 286, bez. die Großenhainer Webstuhl- und Maschinenfabrik...

Kauf Blatt 474, bez. die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 270 des Handelsregisters, die Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 63 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Weberei G. K. Frenzel & Sohn...

Kauf Blatt 208 des Handelsregisters, die Firma Verfertigung Johanneisengruben...

Kauf Blatt 286, bez. die Großenhainer Webstuhl- und Maschinenfabrik...

Kauf Blatt 474, bez. die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 208 des Handelsregisters, die Firma Verfertigung Johanneisengruben...

Kauf Blatt 393 des Handelsregisters für den Stadtbezirk Pössa...

Kauf Blatt 270 des Handelsregisters, die Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

Kauf Blatt 63 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Weberei G. K. Frenzel & Sohn...

Kauf Blatt 208 des Handelsregisters, die Firma Verfertigung Johanneisengruben...

Kauf Blatt 286, bez. die Großenhainer Webstuhl- und Maschinenfabrik...

Kauf Blatt 474, bez. die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

8. Mai 1920 die Erhöhung des Grundkapitals um 1.100.000 Mark...

2. auf dem Blatte 508, die Firma Wasserhoff-Sauerhoff-Werke...

3. auf dem Blatte 573, die Firma Frankonia...

4. auf dem Blatte 304, die Firma Gustav & Emil Schmidt...

5. auf dem Blatte 410, die Firma S. Siey in Beierfeld...

Volkswirtschaftliches.

Währungsfragen für die deutsche Preispolitik.

In seiner letzten erschienenen Schrift 'Saluta-Tumina' (Berlin 1921) fordert Regierungsrat Dr. Rudolf Daltgen...

braucht man das nicht zu bebauern; insofern aber eine für uns dringende notwendige Aufgabe...

Wespaufsteller gegen die Verschlechterung ihrer Waren an das Ausland gewahrt haben.

Reichsbanknotiz 1921.

Die zweite Reichsbanknotiz, über deren Vorgängerin im Verlaufe (14. bis 22. März)...

neuer Angabe der ausstehenden Erzeugnisse zuzuführen.

Anteilige Berliner Kurse vom 2. März, 5% Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4% Deutsche Reichsanleihe 68,40...

Dresdner Börse 2. März 1921.

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Verschiedene Anleihen, Stadt-Anleihen, and other financial instruments.

Table with columns for Eisenbahn-Anleihen, Reichsbanknotiz, and other financial instruments.

Table with columns for Papier- u. Wechsel, Waaren- u. Metallwaren, and other financial instruments.

Table with columns for Eisenbahn- u. Staatsanleihen, and other financial instruments.

Die den einzelnen Wertpapieren vorgelegten Ziffern bedeuten die Zinstermine, die nachfolgenden die Prozentsätze der letzten Dividenden.

